

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung
am Mittwoch, **21.11.2012**, 17:18 Uhr - 19:00 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Richard-Michael Halberstadt, Christian Moll, Klaus-Peter Richter, Peter Wolfgarten,

von der SPD-Fraktion

Elke Haves, Thomas Kollmann, Petra Seyfferth, Hedwig Wübbena-Becker,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Dr. Petra Dieckmann, Dirk Guddorf, Dr. Brigitte Hasenjürgen, Otto Reiners,

von der FDP-Fraktion

Gisela Geschkewitz, Dietmar Uhlenbrock,

von der Fraktion DIE LINKE.

Joachim Bruns,

Sachkundige Einwohner/innen

Yildirim Eroglu, Otmar Knüvener, Dr. Gabriele Peus-Bispinck, Gregor Ridder, Martin Schofer,

Vorsitz

Beanka Ganser,

von der Verwaltung

Stadtrat Thomas Paal, Dagmar Arnkens-Homann, Ralf Bierstedt, Felix Graf von Plettenberg, Heinz Lembeck, Dr. med. Michael Lürwer, Christine Menke, Winfried Mörchen, Dr. Anna Ringbeck, Marcus Schölling, Dr. med. Norbert Schulze Kalthoff, Frank Treutler,

für die Schriftführung

Barbara Hamisch,

Es fehlten:

Gilbert Aldejohann (abgemeldet), Birgit Edler (abgemeldet), Dr. jur. Thorsten Kornblum (abgemeldet), Doris Lammert (abgemeldet), Franziskus-Pius Graf von Merveldt (abgemeldet), Barbara Stober (abgemeldet), Dieter von den Berg (abgemeldet), Harald Wölter (abgemeldet),

nichtöffentlicher Sitzungsteil Keiner.

Tagesordnung

- | | | |
|--------------------------|------|--|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. | Eingänge |
| | 3.2. | Mitteilungen |
| | 4. | Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| <u>V/0878/2012</u>
V | 4.1. | Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums in Münster |
| | 5. | Information des Jobcenters Münster |
| <u>V/0875/2012</u>
V | 5.1. | Basisinformation des Jobcenter Münster
Berichtsmonat Juni (Kennzahlen)
Berichtsmonat Oktober (Statistikinformationen) |
| <u>V/0877/2012</u>
V | 5.2. | Arbeitsmarktprogramm 2013 - Prozesse und Empfehlungen |
| | 6. | Haushaltsplan 2013 sowie Ergebnis- und Finanzplanung bis 2016 sowie Anregungen/Sparvorschläge zum Haushalt 2013 |
| | 7. | Mittel aus der Gewinnausschüttung der Sparkasse Münsterland Ost |
| <u>V/0813/2012</u>
V | 8. | Gewährung eines zinslosen Darlehns an die GGUA zur Zwischenfinanzierung des Projekts " Teil - sein - Teilhaben. Zukunft aktiv gestalten" |
| <u>V/0720/2012</u>
IV | 9. | Kommunale Koordinierung im Rahmen des Übergangssystems von der Schule in Ausbildung und Beruf |

<u>V/0715/2012</u> V	10.	Steuerung von Leistungen mit Bezug auf Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II)
<u>V/0557/2012</u> V	11.	Handhygiene
<u>V/0619/2012</u> V	12.	Weiterentwicklung der kommunalen Gesundheitsberichterstattung zur seelischen Gesundheit und psychiatrischen Versorgung
<u>V/0657/2012</u> IV	13.	Mittagsverpflegung in Schulen
<u>V/0868/2012</u> V	14.	Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Münster und dem Kreis Coesfeld über die Durchführung der Aufgaben des Amtsapothekers / der Amtsapothekerin
	15.	Verschiedenes

Frau Ganser eröffnete um 17:18 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung und stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest. Sie begrüßte Frau Arnkens-Homann als neue Leiterin des Sozialamtes und wünschte ihr viel Erfolg und einen guten Start.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung quittierte diese Äußerung mit Beifall.

Punkt 1 der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Nach Verlesen der Verpflichtungsformel verpflichtete Frau Ganser Frau Wübbena-Becker mit Handschlag.

Punkt 2 der Tagesordnung

Festsetzung der Tagesordnung

Frau Ganser schlug vor, die unter den Tagesordnungspunkten 6 und 7 vorgesehenen Beratungen (Haushaltsplan 2013 sowie Ergebnis- und Finanzplanung bis 2016 sowie Anregungen/Sparvorschläge zum Haushalt 2013; Mittel aus der Gewinnausschüttung der Sparkasse Münsterland Ost) in einer außerordentlichen Sitzung am 28.11.2012 mit Beginn um 16 Uhr durchzuführen.

Gegen den Vorschlag wurden Bedenken nur insoweit erhoben, als Frau Dr. Diekmann erläuterte, dass drei ordentliche Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL aus beruflichen Gründen Schwierigkeiten mit der vorgeschlagenen Uhrzeit für den Sitzungsbeginn hätten.

Herr Stadtrat Paal sagte eine Prüfung dahingehend zu, den Sitzungsbeginn am 28.11.2012 auf 16:30 Uhr zu verschieben.

Frau Ganser regte außerdem an, die unter Tagesordnungspunkt 4 vorgesehene Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben sowie die unter den Tagesordnungspunkten 10 und 12 vorgesehenen Vorlagen von der Tagesordnung abzusetzen und in der ersten Sitzung des Jahres 2013 zu beraten.

Gegen die Vorschläge wurden keine Einwände erhoben, so dass die Tagesordnung wie folgt festgesetzt wurde:

Tagesordnung

- | | | |
|--------------------------|------|---|
| | 1. | Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder |
| | 2. | Festsetzung der Tagesordnung |
| | 3. | Eingänge und Mitteilungen |
| | 3.1. | Eingänge |
| | 3.2. | Mitteilungen |
| | 4. | Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses |
| <u>V/0878/2012</u>
V | 4.1. | Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums in Münster |
| | 5. | Information des Jobcenters Münster |
| <u>V/0875/2012</u>
V | 5.1. | Basisinformation des Jobcenter Münster
Berichtsmonat Juni (Kennzahlen)
Berichtsmonat Oktober (Statistikinformationen) |
| <u>V/0877/2012</u>
V | 5.2. | Arbeitsmarktprogramm 2013 - Prozesse und Empfehlungen |
| <u>V/0813/2012</u>
V | 6. | Gewährung eines zinslosen Darlehns an die GGUA zur Zwischenfinanzierung des Projekts " Teil - sein - Teilhaben. Zukunft aktiv gestalten" |
| <u>V/0720/2012</u>
IV | 7. | Kommunale Koordinierung im Rahmen des Übergangssystems von der Schule in Ausbildung und Beruf |
| <u>V/0557/2012</u>
V | 8. | Handhygiene |
| <u>V/0657/2012</u>
IV | 9. | Mittagsverpflegung in Schulen |
| <u>V/0868/2012</u>
V | 10. | Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Münster und dem Kreis Coesfeld über die Durchführung der Aufgaben des Amtsapothekers / der Amtsapothekerin |
| | 11. | Verschiedenes |

Punkt 3 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen****Punkt 3.1 der Tagesordnung****Eingänge**

Keine.

Punkt 3.2 der Tagesordnung**Mitteilungen**

Herr Stadtrat Paal

3.2.1 machte auf die Unterlagen zu folgenden Themen aufmerksam, die die Mitglieder zur Sitzung erhalten hatten:

- Münster-Pass
- Bildungs- und Teilhabepaket.

3.2.2 wies auf die schriftlichen Informationen zu den Engpässen bei der Unterbringung von Flüchtlingen hin, die vor Beginn der Sitzung als Tischvorlage verteilt worden waren.

Frau Arnkens-Homann

3.2.3 erwähnte den zur Sitzung versandten Controlling-Bericht des Sozialamtes Januar – September 2012.

3.2.4 berichtete über die Situation wohnungsloser Menschen in Münster. Die Zahl der allein-stehenden wohnungslosen Menschen steige weiter an. Das habe dazu geführt, dass die vorhandenen Übernachtungsangebote entweder eine hohe Auslastung aufwiesen oder vollständig ausgebucht seien. In engem Kontakt mit den beteiligten Trägern habe die Verwaltung Maßnahmen zur Optimierung der Situation erarbeitet und umgesetzt. Weitere Sondierungsgespräche mit dem Ziel zusätzlichen Wohnraum zu rekrutieren, fänden zurzeit statt. Die Ursachen für die veränderte Bedarfssituation seien vielschichtig und würden durch die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt verstärkt.

Die Verwaltung werde in der ersten Beratungskette 2013 eine Vorlage vorstellen, die auch den Antrag der CDU-Fraktion an den Rat vom 28.11.2011 Nr. A-R/0072/2011 „Obdachlosigkeit in Münster; SKM/Bischof-Hermann-Stiftung, Gebäude Friedrich-Ebertstr. 1/Dammstr. (ehemaliges HUK-Gebäude) behandle.

Die Bürgerinnen und Bürger würden wie in jedem Winter um Mithilfe und Hinweise gebeten, um wohnungslose Menschen vor der Kälte zu schützen.

Auf dem Landfahrerplatz würden sich seit Ende Oktober 2012 keine wohnungslosen Menschen mehr aufhalten.

Herr Stadtrat Paal

3.2.5 wies darauf hin, dass der nachfolgend genannte Antrag und die nachfolgend genannte Anfrage mit Schreiben der Verwaltung vom 22.10.2012 beantwortet worden seien:

- Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 28.08.2012 an den ASGAf zur Umsetzung des Urteils des BSG vom 16.05.2012 zu den Kosten der Unterkunft in NRW
- Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 04.09.2012 an den ASGAf zur Umsetzung der Entscheidung des BSG vom 16.05.2012 – B 4 AS 109/11 R

In dem Schreiben vom 22.10.2012 seien auch die neu berechneten Werte für die abstrakte Angemessenheit der Leistungen der Unterkunft mitgeteilt worden.

Hinsichtlich der Leistungen für die Unterkunft seien die geplanten Mieterhöhungen der LEG ein aktuelles Thema. Die LEG habe einem Teil ihrer Mieter eine Mieterhöhung und damit verbunden eine Mietpreisgarantie für zwei Jahre angeboten. Die Mieter hätten die Möglichkeit, der Mieterhöhung freiwillig zuzustimmen.

Die Verwaltung sei mit diesem Verfahren nicht einverstanden, weil hierdurch eine zunächst unnötige Erhöhung der Unterkunftskosten im Rahmen der Sozialleistungen entstehe.

Das Jobcenter und das Sozialamt hätten deshalb infrage kommende Leistungsberechtigte angeschrieben mit der Bitte, einem entsprechenden Angebot nicht zuzustimmen.

Sollten die Mieter dem Angebot der LEG trotzdem zustimmen oder dies bereits getan haben, werde die Angemessenheit der Miete nach der Erhöhung geprüft.

3.2.6 erläuterte die Arbeitsschwerpunkte der Pflegekonferenz im Jahr 2012 sowie die Beteiligung der Stadt Münster am Forschungsprojekt Sophia (Sozialraumorientierte kommunale Planung von Hilfe und Unterstützungsarrangements für Menschen mit und ohne lebensbegleitende Behinderung im Alter). Ausführliche Informationen könnten dem Bericht aus der Pflegekonferenz entnommen werden, der der Niederschrift beigelegt werde - **Anlage 1.**

3.2.7 machte auf die den Mitgliedern vorab übersandten Unterlagen zu den Ergebnissen der Interviewauswertung sowie das Handout bezüglich einer kultursensiblen Altenpflege aufmerksam.

Herr Dr. Schulze-Kalthoff

3.2.8 berichtete über die Pläne des Herz-Jesu-Krankenhauses in Hiltrup für eine interne, bedarfsgerechte Bettenumstrukturierung. Die Abteilungen des Hauses seien sehr unterschiedlich ausgelastet, so dass eine Anpassung angezeigt sei. Im Einzelnen seien folgende Anpassungen vorgesehen:

- Chirurgie von 80 auf 75 Betten
- Geburtshilfe von 15 auf 10 Betten
- Orthopädie(B) von 14 auf 10 Betten
- Innere Medizin von 105 auf 90 Betten
- Nephrologie mit 8 Dialyseplätzen von 25 auf 28 Betten
- Neurologie von 73 auf 85 Betten

- Urologie von 31 auf 36 Betten

Die Gesamtzahl der Betten würde sich damit von 369 auf 360 verringern.

Nach § 14 Krankenhausgestaltungsgesetz NRW habe die Kommunale Gesundheitskonferenz der Stadt Münster die Möglichkeit zu den Plänen eine Stellungnahme abzugeben. Dies erscheine aus der Sicht der Verwaltung nicht erforderlich.

- 3.2.9** gab bekannt, dass das Gesunde-Städte-Netzwerk mit der Bundesgeschäftsstelle im Gesundheitsamt der Stadt Münster Mitglied des Europäischen Verbundes nationaler Gesunde-Städte-Netzwerke in der WHO geworden sei. Der Austausch auf europäischer Ebene werde durch den Rhein-Kreis-Neuss koordiniert. Kosten entstünden der Stadt Münster dadurch nicht.
- 3.2.10** informierte darüber, dass die Fritz Terfloth Stiftung für kreative Denk- und gesunde Lebensweise mit Sitz in Münster die Absicht erklärt habe, einen Mütterkochkurs in der Kita Kinderhaus im Umfang von ca. 2.000 Euro zu fördern. Das Projekt werde durch Frau Menke im Gesundheitsamt koordiniert. Die Stiftung habe erkennen lassen, dass sie an einer längerfristigen Förderung interessiert sei.
- 3.2.11** teilte mit, dass in der letzten Woche erstmalig in Münster eine sog. MRSA-Netzwerkkonferenz stattgefunden habe. Dabei sei es um die weitere Optimierung der Vorsorge- und Behandlungsmaßnahmen im Kampf gegen multiresistente Krankheitserreger gegangen. Das Gesundheitsamt habe die Münsteraner Krankenhäuser, die stationären Pflegeeinrichtungen und die niedergelassene Ärzteschaft zu diesem Thema eingeladen. Erfreulicherweise hätten fast 60 Vertreterinnen und Vertreter aus den genannten Sektoren teilgenommen. Die Veranstaltung sei inhaltlich durch die Uni-Klinik, das Landeszentrum Gesundheit und die Kassenärztliche Vereinigung unterstützt worden.

Inzwischen nähmen Münster und die münsterländische Grenzregion auf diesem Gebiet bundesweit eine führende Stellung ein. Dies sei vermutlich u. a. ein Verdienst zweier Euro-regio-Projekte zu diesem Themenfeld.

- 3.2.12** fasste folgende personelle Veränderungen im Gesundheitsamt zusammen:

- Die Nachfolgestelle von Frau Arnkens-Homann werde in vollem Stellenumfang stadtverwaltungsintern in Kürze neu ausgeschrieben.
- Die Fachstellenleiterin für das Gutachtenwesen in der Abteilung des Medizinischen Dienstes im Gesundheitsamt werde eine neue verantwortliche Position in der Stadt Berlin übernehmen. Das Wechseldatum stehe noch nicht fest.
- Eine Ärztin in derselben Fachstelle (Gutachtenwesen) sei zum 01.11.2012 in ein Gesundheitsamt in Bayern gewechselt.
- Eine weitere Ärztin im Medizinischen Dienst werde voraussichtlich ab Ende März wegen Schwangerschaft bis auf Weiteres nicht mehr zur Verfügung stehen.
- Das Gesundheitsamt versuche derzeit mit Unterstützung des Personalamtes, die freigebliebenen bzw. freierwerdenden ärztlichen Stellen durch hauptamtliche- und Honorarkräfte zu ersetzen. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Arbeitsmarktsituation im ärztlichen Bereich sei es nicht leicht, geeignete Kolleginnen und Kollegen zu finden.

Frau Ganzer forderte ein Konzept der Verwaltung zur Personalgewinnung und-bindung mit besonderem Fokus auf den ärztlichen Dienst im Gesundheitsamt. Das Konzept solle im Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beraten werden.

Herr Stadtrat Paal wies darauf hin, dass die Gründe für die Personalwechsel sehr verschieden seien und die Personalgewinnung sich im ärztlichen Bereich schwierig gestalte. Die Verwaltung werde eine Vorlage erstellen.

Punkt 4 der Tagesordnung	Anträge und Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses
---------------------------------	---

Keine.

Punkt 4.1 der Tagesordnung V/0878/2012	Einrichtung eines Kommunalen Integrationszentrums in Münster
---	---

Herr Stadtrat Paal stellte die Vorlage vor und beantwortete Fragen der Mitglieder. Er sagte zu, die Anregung von Herrn Schofer zu berücksichtigen, eine Zusammenarbeit zwischen der Kommunalen Seniorenvertretung und dem Kommunalen Integrationszentrum ausdrücklich vorzusehen und die Kommunale Seniorenvertretung bei der Besetzung des Fachbeirates zu berücksichtigen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschloss daraufhin einstimmig:

Die Vorlage wird ohne Beschlussfassung geschoben.

Punkt 5 der Tagesordnung	Information des Jobcenters Münster
---------------------------------	---

Punkt 5.1 der Tagesordnung V/0875/2012	Basisinformation des Jobcenter Münster Berichtsmonat Juni (Kennzahlen) Berichtsmonat Oktober (Statistikinformationen)
---	--

Herr Bierstedt stellte die Vorlage vor und erläuterte die in der Anlage zur Vorlage festgehaltenen Basisinformationen.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

Punkt 5.2 der Tagesordnung V/0877/2012	Arbeitsmarktprogramm 2013 - Prozesse und Empfehlungen
---	--

Herr Schölling stellte die Vorlage vor und beantwortete Fragen der Mitglieder.

Herr Reiners wies auf den Ratsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL „Öffentliche geförderte Beschäftigung für Langzeitleistungsbeziehende in Münster“ vom 16.11.2012 hin und warb für eine Unterstützung des Antrages durch die anderen Fraktionen.

Im Verlauf der anschließenden Erörterung dankten die Mitglieder, die sich zu Wort meldeten, dem Jobcenter für die bisherige Leistung und Herrn Schölling für den Vortrag.

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung nahm die Vorlage zur Kenntnis.

**Punkt 6 der Tagesordnung
V/0813/2012**

Gewährung eines zinslosen Darlehns an die GGUA zur Zwischenfinanzierung des Projekts " Teil - sein - Teilhaben. Zukunft aktiv gestalten"

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage einstimmig.

**Punkt 7 der Tagesordnung
V/0720/2012**

Kommunale Koordinierung im Rahmen des Übergangssystems von der Schule in Ausbildung und Beruf

Frau Dr. Ringbeck beantwortet Fragen der Mitglieder.

Herr Reiners kritisierte, dass das wesentliche Element des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL an den Rat Nr. A-R/0067/2011 nicht wie gewünscht umgesetzt worden sei.

Er gab folgende Erklärung zu Protokoll:

'Das Herzstück des Antrags von Bündnis 90/ Die Grünen / GAL

*„Die Stadt Münster richtet zeitnah eine **gemeinsame Ausbildungsplatzberatung für alle Jugendlichen** an zentraler Stelle in der Stadt unter Einbeziehung der verschiedenen Partner wie die Agentur für Arbeit, Jobcenter, Schule, Kammern, Bildungsträgern, Wirtschaftsförderung und Jugendhilfe ein. Diese soll auch ein Baustein in der Präventionskette von der Schwangerschaft und der Geburt bis zum erfolgreichen Berufseinstieg darstellen und die Lebenslagen sowie die Verwirklichungschancen der Jugendlichen von heute aufgreifen.“*

*wird in der Vorlage **nicht** berücksichtigt.*

Eine reine Bündelung und Koordinierung der Maßnahmen reicht nicht aus um Doppelstrukturen in der Stadt Münster aufzubrechen. Ziel muss es sein eine gemeinsam getragene und abgestimmte Unterstützung bei der Lehrstellensuche und Beratung anzubieten. Die Grundlage einer solchen gemeinsamen Einrichtung sollte vertraglich vereinbart werden.

*Mit einer gemeinsamen Einrichtung kann das Übergangssystem von der Schule in Ausbildung und Beruf optimal für alle Jugendlichen abgestimmt und koordiniert werden. Die vorgesehene strategische und operative Steuerung wird voraussichtlich inhaltlich und strukturell dem komplexen System **nicht** gerecht.'*

Herr Reiners bringt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL folgenden Antrag ein:

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschließt:
Ziffern 3 und 4 des Beschlussvorschlages werden wie folgt geändert:

3. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - 3.1 beim Land NRW einen Antrag zur Teilnahme am neuen Übergangssystem Schule –Beruf ab 01.01.2013 zu stellen,
 - 3.2 die Umsetzung der kommunalen Koordinierung in Münster **gemeinsam** auf der Grundlage der beschriebenen Eckpunkte und Strukturen unter Beteiligung der Partner des Ausbildungskonsens anzugehen,
 - 3.3 in Form eines jährlichen und systematischen Berichtswesens den Rat über die Ergebnisse und Fortschritte der Umsetzung des neuen Übergangssystems in NRW und speziell der kommunalen Koordinierung in Münster zu informieren.

4. Der Antrag der Fraktion Bündnis90/ Die Grünen/ GAL Nr. A-R/0067/2011 an den Rat vom 22.11.2011 "Jedem jungen Menschen ein (Aus-)bildungsplatz in gemeinsamer Verantwortung - Anlaufstelle am Übergang Schule und Beruf" wird **aufgegriffen und** in die Konzeption mit einbezogen **und ist damit erledigt. Über die Weiterentwicklung wird kontinuierlich berichtet.**

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurde mehrheitlich bei vier Gegenstimmen (CDU) und zwei Enthaltungen (FDP) angenommen.

Frau Ganser beantragt für die SPD-Fraktion, unter Punkt 3.2 der Vorlage hinter dem Wort Strukturen folgenden Zusatz einzufügen: „**unter paritätischer Stimmrechtsvertretung der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmervertreter**“.

Der Antrag der SPD-Fraktion wurde einstimmig angenommen.

Herr Moll stellt für die CDU-Fraktion folgenden Antrag:
Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

- 5. Den zuständigen Gremien ist nach den Sommerferien 2013 ein Zwischenbericht vorzulegen.**

Darin sind folgende Fragen zu klären:

- **Wie entwickelt sich die finanzielle Förderung durch das Land? Werden insbesondere die Personalkosten weiterhin vom Land finanziert?**
- **Welche Abstimmungen zwischen den einzelnen Partnern hat es gegeben? Wurden die bestehenden Strukturen vereinfacht und standardisiert? Konnte man Doppelstrukturen identifizieren und werden diese abgebaut?**
- **Unterstützt das neue Koordinierungsinstrument das Ziel, möglichst viele Jugendliche in eine duale Ausbildung zu vermitteln?**
- **Wurden Möglichkeiten erkannt, wie das Verbleiben von Schulabgängern in „Betreuungsschleifen“ verringert werden kann?**

Der Antrag der CDU-Fraktion wurde einstimmig angenommen.

Daraufhin beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung die Vorlage in der Fassung des Beschlusses des Ausschusses für Schule und Weiterbildung einstimmig und empfahl dem Hauptausschuss und dem Rat:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat nimmt die Eckpunkte und Zielsetzungen des neuen Übergangssystems Schule-Beruf in NRW mit den Elementen
 - Berufs- und Studienorientierung
 - Übergangssystem
 - Attraktivität des dualen System
 - Kommunale Koordinierung

zur Kenntnis.

2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass das Land beabsichtigt, das neue System schrittweise und im Endausbau flächendeckend in NRW umzusetzen und dazu für die Projektlaufzeit

(vss. bis 2020) in den Kreisen und kreisfreien Städten bis zu 2,0 Personalstellen zzgl. Sachkosten finanziert.

3. Die Verwaltung wird beauftragt,
 - 3.1 beim Land NRW einen Antrag zur Teilnahme am neuen Übergangssystem Schule – Beruf ab 01.01.2013 zu stellen,
 - 3.2 die Umsetzung der kommunalen Koordinierung in Münster **gemeinsam** auf der Grundlage der beschriebenen Eckpunkte und Strukturen **unter paritätischer Stimmrechtsvertretung der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmervertreter** unter Beteiligung der Partner des Ausbildungskonsens anzugehen,
 - 3.3 in Form eines jährlichen und systematischen Berichtswesens den Rat über die Ergebnisse und Fortschritte der Umsetzung des neuen Übergangssystems in NRW und speziell der kommunalen Koordinierung in Münster zu informieren.
4. Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL Nr. A-R/0067/2011 an den Rat vom 22.11.2011 „Jedem jungen Menschen ein (Aus-)bildungsplatz in gemeinsamer Verantwortung – Anlaufstelle am Übergang Schule und Beruf“ **wird aufgegriffen und** in die Konzeption mit einbezogen ~~und ist damit erledigt.~~ **Über die Weiterentwicklung wird kontinuierlich berichtet.**
5. **Den zuständigen Gremien ist nach den Sommerferien 2013 ein Zwischenbericht vorzulegen.**
Darin sind folgende Fragen zu klären:
 - **Wie entwickelt sich die finanzielle Förderung durch das Land? Werden insbesondere die Personalkosten weiterhin vom Land finanziert?**
 - **Welche Abstimmungen zwischen den einzelnen Partnern hat es gegeben? Wurden die bestehenden Strukturen vereinfacht und standardisiert? Konnte man Doppelstrukturen identifizieren und werden diese abgebaut?**
 - **Unterstützt das neue Koordinierungsinstrument das Ziel, möglichst viele Jugendliche in eine duale Ausbildung zu vermitteln?**
 - **Wurden Möglichkeiten erkannt, wie das Verbleiben von Schulabgängern in „Betreuungsschleifen“ verringert werden kann?**

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkun- gen
Produktgruppe	302	Zentrale Leistungen für am Schulleben Beteiligte	2013	23.400 €	
Zeile					

Die zur Finanzierung erforderlichen Ermächtigungen sind im Haushaltsplan-Entwurf bei der / bei den o. g. Produktgruppe/n veranschlagt: Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Beschlussausführung unter dem Vorbehalt steht, dass der Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2013 bzw. der mittelfristigen Ergebnis und Finanzplanung die Ermächtigungen bereitstellt.

**Punkt 8 der Tagesordnung
V/0557/2012**

Handhygiene

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage einstimmig.

**Punkt 9 der Tagesordnung
V/0657/2012**

Mittagsverpflegung in Schulen

Herr Stadtrat Paal, Herr Mörchen und Frau Menke beantworten Fragen der Mitglieder.

Herr Reiners stellte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

Hinter Punkt I.1. wird eingefügt:

2. Vor einer nächsten Konzessionsvergabe legt die Verwaltung einen Erfahrungsbericht mit der Konzession Pascalgymnasium vor. Die Verwaltung legt zeitgleich ein überarbeitetes Basis-Leistungsverzeichnis vor,
 - das eine Konzessionsvergabe nur mit Anlieferung des Essens und der Ausgabe des Essens und Reinigung der Küchen durch städtisches Personal möglich macht,
 - das die Berücksichtigung der unterschiedlichen Schulkonzepte/ Schulprogramme sicherstellt (u.a. Einbindung von Schülern in die Essensausgabe oder die Nutzung von Mensen/Küchen für ein kostenloses Frühstück z.B. in Zusammenarbeit mit FRÜZ e.V.)
 - das einen höheren Mindestanteil an regionalen und ökologischen Produkten (min 30%) beinhaltet.
3. (...)

Frau Ganzer schlug vor, den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL als in die Vorlage aufzunehmenden Prüfauftrag an die Verwaltung zu werten und ihn insoweit zu ergänzen, als vor einer Ausschreibung zu eruieren ist, ob das Verfahren so gestaltet ist, dass auch Werkstätten für behinderte Menschen ein konkurrenzfähiges Angebot abgeben können.

Nach ausführlicher Diskussion wurde der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL als in den Beschlussvorschlag der Vorlage aufzunehmenden Prüfauftrag mit der von Frau Ganzer vorgeschlagenen Ergänzung einstimmig angenommen.

Daraufhin beschloss der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung die Vorlage in der geänderten Fassung einstimmig und empfahl dem Hauptausschuss und dem Rat:

I. Sachentscheidung

1. Der Rat der Stadt Münster nimmt den Sachbericht zur Mittagsverpflegung in den Schulen zur Kenntnis und stimmt den vorgeschlagenen Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Mittagsverpflegung und zur Einhaltung der geltenden Hygienebestimmungen zu.

2. Die Verwaltung erhält einen Prüfauftrag mit folgendem Inhalt:

- Vor einer nächsten Konzessionsvergabe legt die Verwaltung den zuständigen Ausschüssen einen Erfahrungsbericht mit der Konzession Pascalgymnasium vor.
- Es wird geprüft, ob durch eine Überarbeitung des Basis-Leistungsverzeichnis folgende Ziele erreicht werden können:
 - eine Konzessionsvergabe nur mit Anlieferung des Essens und der Ausgabe des Essens und Reinigung der Küchen durch städtisches Personal wird ermöglicht,
 - die Berücksichtigung der unterschiedlichen Schulkonzepte/ Schulprogramme werden sichergestellt (u. a. Einbindung von Schülern in die Essensausgabe oder die Nutzung von Mensen/Küchen für ein kostenloses Frühstück z.B. in Zusammenarbeit mit FRÜZ e.V.)
 - ein höherer Mindestanteil an regionalen und ökologischen Produkten (min. 30%) wird festgelegt.
- Vor einer Ausschreibung wird eruiert, ob das Verfahren so gestaltet ist, dass auch Werkstätten für behinderte Menschen ein konkurrenzfähiges Angebot abgeben können.

3. Der Antrag der SPD - Fraktion im Rat der Stadt Münster Nr. A-R/0054/2010 vom 27.05.2010 „Gutes Essen in der Schule - für alle“ ist erledigt.

II. Finanzielle Auswirkungen

Für die Umsetzung und Einhaltung der gesetzlich geforderten Hygienebestimmungen in der Mittagsverpflegung der Schulen entstehen Kosten in Höhe von insgesamt jährlich 120.000 €, zunächst für die Jahre 2013 und 2014, die sich wie folgt aufteilen:

Teilergebnisplan Produktgruppe 03.01 „Leistungen für Schulen“			
Zeile	Bezeichnung	Position	2013 ff
11	Personalaufwendungen	Zusätzliche Stunden Küchenkräfte (geringfügig Beschäftigte)	10.000 €
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	Reinigungs- und Hygieneartikel	17.000 €
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	Arbeitskleidung	23.000 €
28	Aufwendungen aus Interne Leistungsbeziehungen	ILV OGS	70.000 €
gesamt			120.000 €

Teilergebnisplan Produktgruppe 06.02 „Kinder- und Jugendarbeit“			
Zeile	Bezeichnung	Position	2013 ff
11	Personalaufwendungen	Zusätzliche Stunden Küchenkräfte (geringfügig Beschäftigte)	70.000 €
27	Erträge aus Interne Leistungsbeziehungen	ILV OGS	- 70.000 €
gesamt			0 €

Die Verwaltung versucht, diese Mehrkosten in den Jahren 2013 und 2014 aus den vorhandenen Budgets der beteiligten Ämter zu finanzieren. Sollte sich im Laufe des Jahres 2013 herausstellen, dass eine Nachfinanzierung erforderlich wird, ist über eine zusätzliche Mittelbereitstellung über Nachtrag oder im Wege einer überplanmäßigen Mittelbereitstellung gem. § 83 GO NW bzw. für 2014 im Rahmen der Etatberatungen zum Haushalt 2014 zu entscheiden.

**Punkt 10 der Tagesordnung
V/0868/2012**

Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Münster und dem Kreis Coesfeld über die Durchführung der Aufgaben des Amtsapothekers / der Amtsapothekerin

Der Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung beschloss die Vorlage einstimmig und empfahl dem Hauptausschuss und dem Rat:

I. Sachentscheidung:

Dem Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Münster und dem Kreis Coesfeld über die Durchführung der Aufgaben des Amtsapothekers / der Amtsapothekerin auf Grundlage des beigefügten Entwurfs wird zugestimmt.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Teilergebnisplan					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	07.01	Gesundheitsdienste			
Zeile	06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2013 2014 2015 2016	33.990 34.500 35.020 35.540	Ertrags- steigerung

Punkt 11 der Tagesordnung

Verschiedenes

Wortmeldungen lagen nicht vor.

gez.
Beanka Ganser
Vorsitz

gez.
Barbara Hamisch
Schriftführung